

NOTIZEN

Tumulte nach Prügelei

Ravensburg. Ein 27- und ein 32-jähriger Asylbewerber in Ravensburg haben sich am Samstag bei einem Streit mit einem Messer verletzt. Wie die Polizei gestern mitteilte, sei unklar, wer das Messer bei sich hatte, da die beiden sich gegenseitig beschuldigen. Der 32-Jährige erlitt leichte Verletzungen an der Hand, der 27-Jährige am Oberschenkel. Beide kamen in eine Klinik. Im Anschluss sei es in der Unterkunft zu „tumultartigen Szenen“. Die Beamten hätten den Streit unter Kontrolle gebracht. Ermittlungen hätten ergeben, dass es zwischen zwei Gruppen seit längerem Konflikte gab.

Rülke im FDP-Präsidium

Stuttgart. Auf Vorschlag des Bundesvorsitzenden Christian Lindner wurde der Spitzenkandidat und Fraktionschef der baden-württembergischen Liberalen, Hans-Ulrich Rülke, in den FDP-Bundesvorstand gewählt. Das Gremium besteht aus dem Parteichef, seinen drei Stellvertretern, drei Beisitzern, der Generalsekretärin und dem Schatzmeister. Es wird vom Bundesparteitag für zwei Jahre gewählt. Lindner begründete seinen Vorschlag mit der überragenden Bedeutung der baden-württembergischen Landtagswahl für die Gesamtpartei.



Nun auch im FDP-Bundesvorstand vertreten: Hans-Ulrich Rülke. Foto: dpa

Attacke von Mädchengang

Stuttgart. Nach einem Angriff einer Mädchengang auf die Lokführerin einer S-Bahn in Stuttgart sucht die Polizei nach Zeugen. Vier jugendliche Mädchen, die zuvor schon Reisende in der S-Bahn provoziert und belästigt haben sollen, schlugen und traten auf die 33-Jährige ein, wie die Polizei mitteilte. Die Lokführerin erlitt Prellungen. Reisende hatten den Notknopf in der Bahn gedrückt. Als die Lokführerin die Mädchen zur Rede stellte, schlugen diese ihr ins Gesicht und traten ihr in den Rücken. Die Polizei hat vier Tatverdächtige gefunden.

Auf Schafe geschossen

Giengen/Brenz. Mit Pfeilen hat ein Unbekannter zwei Schafe in ihrem Pferch in Giengen an der Brenz (Kreis Heidenheim) beschossen. Wie die Polizei mitteilte, benutzte der Täter dafür Sportpfeile mit Metallspitzen, die mit einem Sportbogen oder einer Armbrust abgeschossen wurden. In der umzäunten Weide waren rund 350 Schafe. Die beiden angeschossenen Tiere mussten eingeschläfert werden.

CDU-Vize Mack kritisiert Pläne zur Gleichstellung

Stuttgart. Das Engagement der Landesregierung für eine Gleichstellung sexueller Minderheiten stößt auf Unverständnis der CDU. Grün-Rot wirft den Christdemokraten dagegen rückschrittliches Denken vor. Der Streit entzündete sich gestern an einer geplanten Zielvereinbarung zwischen dem Land und einem Netzwerk zur Gleichstellung sexueller Minderheiten. Sozialministerin Katrin Altpeter (SPD) traf sich am Abend in Stuttgart mit deren Vertretern. Sie wollen mit ihren Unterschriften Zusammenarbeit und Dialog auch über die laufende Legislaturperiode hinaus sichern. Christoph Michl vom Vorstand der Interessengemeinschaft Christopher Street Day Stuttgart, die Teil des Netzwerkes ist, sprach von einem Signal der Verpflichtung, das in dieser Form im Vergleich der Länder einmalig sei. „Die grün-rote Kretschmann-Regierung hat abgehoben. Sie ereifert sich im Kampf für die mehr als fragwürdige Gender-Ideologie und betreibt eine Überbetonung von einzelnen Minderheiten“, erklärte der stellvertretende CDU-Landeschef Winfried Mack. Brigitte Lösch (Grüne) entgegnete: „Wenn die CDU Gender Mainstreaming verteuert, distanziert sie sich von einem Leitprinzip, das sie selbst in der Zeit von Erwin Teufel 2004 eingeführt hat.“ SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel bedauerte, „dass sich die CDU nicht von ihren Jahrzehnte alten Vorurteilen lösen kann“. lsw

„Wegsperren ist Quatsch“

Ein Tag mit einer Jugendrichterin am Tübinger Landgericht

Im Jugendstrafrecht geht es nicht um Bestrafung, sondern um Erziehung. Zwar sei auch dieser Gedanke Teil ihres Berufs, sagt Jugendrichterin Diana Scherzinger. Aber: „Ich bin Richterin, keine Pädagogin.“

TIM KUMMERT

Tübingen. Montagmorgen, neun Uhr am Landgericht Tübingen: Ein Signalton ertönt, die Anwesenden warten ruhig. Dann geht die Tür auf, alle erheben sich. Die Richterin, mehrere Ordner unterm Arm, betritt mit ihren Kollegen den holzgetäfelten Saal, sie sagt: „Sie dürfen sich setzen“ und eröffnet den Prozess. Es ist der erste Verhandlungstag in diesem Streitfall, einer Messerstecherei unter Jugendlichen. Zeugen sind geladen, es wird ein langer Tag werden.

Die Frau, die eben die Verhandlung eröffnet hat, ist Diana Scherzinger, stellvertretende Vorsitzende der Großen Jugendkammer des Landgerichts Tübingen. 36 Jahre alt ist sie und führt heute den Prozess, der eigentliche Vorsitzende ist im Urlaub. Die Staatsanwältin verliert in nüchternem Ton, wie ein jugendlicher letzten Sommer bei einer Party auf den anderen losging, plötzlich ein Messer in der Hand hatte und damit mehrmals dem Opfer in den Nacken stach. Am Anfang des Streits stand ein „Ey, was guckst du?“, am Ende versuchter Totschlag. Scherzingers Aufgabe ist herauszufinden, wie es dazu kam.

Im persönlichen Gespräch wirkt sie sanft, fast mütterlich. Doch es wird schnell klar: Scherzinger lässt sich weder an der Nase rumführen, noch sieht sie ihren Job darin, erzieherisch tätig zu sein: „Natürlich schwingt ein wenig der erzieherische Gedanke in meinem Beruf mit. Doch ich bin keine Pädagogin, sondern Richterin.“ Ihren Kindern, vier und sechs Jahre alt, erklärt sie, dass sie diejenige sei, die entscheide, wie lange der Räuber Hotzenplotz ins Gefängnis kommt.

Ob Ali C. (20), der Angeklagte bei der Messerstecherei, wie Hotzenplotz in den Knast muss, weiß Scherzinger noch nicht. Er wirkt im Saal ruhig, doch es besteht kein Zweifel: Mehrmals rampte er seinem Opfer ein Messer brutal in den Nacken. Ein Fall, wie er häufiger auf Scherzingers Tisch kommt: Aus einer Bagatelle wird ein kriminelles Delikt. „Manchmal“, sagt Scherzinger, „verliert man schon den Glauben an das Gute im Menschen.“ Sie verhandelt im Jugendstrafrecht so ziemlich alles: Vom Mord bis hin zu schweren



Jugendrichterin Diana Scherzinger: „Manchmal verliert man schon den Glauben an das Gute im Menschen.“ Foto: Tim Kummert

Sexualstraftaten. Und sie erzählt davon, welche Bürde ihr Amt mit sich bringt: „Natürlich ist das manchmal sehr schwer, und ja, ich schlafe auch nicht jede Nacht gut. Aber ich liebe meinen Beruf, es ist einfach wahnsinnig interessant und spannend, Recht zu sprechen.“

Ihre Hände hält sie dabei wie zwei Waagschalen in die Luft. Scherzinger redet nicht gern im juristischen Fachvokabular, man kauft ihr ab, dass sie keine eiskalte Juristin ist, sondern sich aufrichtig für die jungen Angeklagten interessiert.

Im Saal geht es mittlerweile weiter an diesem Montag. Ali C. sagt,

Das Urteil

Bewährungsstrafe Der Angeklagte Ali C. wurde wegen versuchter Nötigung und versuchten Totschlags in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung zu einer Jugendstrafe von zwei Jahren mit Bewährung verurteilt. Im Bewährungsbeschluss hat er unter anderem eine Geldauflage (1500 Euro, je zur Hälfte an den Geschädigten und an den Verein für Jugend- und Bewährungshilfe) bekommen.

wie es aus seiner Sicht dazu kam, dass er einen Menschen um ein Haar umgebracht hätte: Er und das Opfer hätten Blickkontakt gehabt, er habe gefragt: „Ey, was guckst du?“ Eine Beleidigung, ein Schubser, dann war der andere im Schwitzkasten, Ali stach mit dem Messer zu.

Scherzinger schaut ihn an, während er spricht, ihr scheint ein „Warum?“ ins Gesicht geschrieben. Eine Frage, die heute nicht mehr beantwortet werden wird. Das sei eigentlich typisch, sagt die Richterin: „Dass man nicht wirklich den Grund herausbekommt, warum ein Täter zum Täter wurde, das ist leider oft so. Ich muss dann versuchen, das Geschehene trotzdem so gut wie möglich zu rekonstruieren.“

Was glaubt sie, wie nah sie der Wahrheit kommt – und ob das Urteil gerecht ist? „Das ist natürlich schwierig. Ob wir die Wahrheit am Schluss wirklich kennen? Das weiß man nicht so genau. Wir nehmen aber schon für uns in Anspruch, sehr gerecht zu sein – wir halten uns an das Gesetz und entscheiden im Zweifel für den Angeklagten.“

Es ist 14 Uhr, der „Geschädigte“, wie Juristen das Opfer nennen, be-

tritt den Saal. Kevin G. (21), wird von Scherzinger befragt. Sie will alles ganz genau wissen – wie die Stimmung an dem Abend war, sie gibt sich mit pauschalen Antworten wie „Na, wie die Stimmung halt so ist“ zufrieden. Scherzinger fragt, fragt, fragt. Und der „Geschädigte“ erzählt, zumindest das, woran er sich erinnern kann. Währenddessen fixiert ihn Ali C., kneift die Augen zusammen, seine Aussage widerspricht in Teilen der Kevins.

Diana Scherzinger wird noch einige Stunden brauchen, bis sie das Dickicht der Widersprüche zumindest einigermaßen durchdringt. Sie macht sich ruhig Notizen, während sie Kevin G. zuhört. Es werden zwei weitere Zeugen gehört, der Tag endet gegen 17 Uhr – bis Scherzinger das Gericht verlässt, ist es Abend.

Zum Schluss sagt sie noch: „Man ist als Jugendrichter natürlich kein Racheengel. Es geht auch gar nicht darum, Jugendliche einfach wegzusperren, das ist Quatsch. Und ich bezweifle auch, ob wir die Welt wirklich besser machen können.“ Nach einer kleinen Pause, wie zu sich selbst: „Aber man kann es wenigstens versuchen.“ eb

Landräte warnen vor „Kollaps“ an den Kliniken

30 Euro pro Notfall: Die Vergütung für Leistungen in Notaufnahmen ist oft niedrig. Sieben Landkreise schlagen nun beim Gesundheitsminister Alarm.

Heidenheim/Ulm. Die Landräte der Landkreise Heidenheim, Neu-Ulm, Günzburg, Ostalbkreis, Donau-Ries, Dillingen und Alb-Donau-Kreis machen sich bei Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe für eine angemessene Vergütung für ambulante Leistungen der Zentralen Notaufnahmen stark. Sie fordern zudem eine Gesundheitsreform, die eine solide Finanzierung der Kliniken in kommunaler Trägerschaft sicherstellt, um „den Kollaps des Gesundheitswesens in ländlichen Regionen“ zu vermeiden.

Unterschieden ist der Brief von den sieben Landräten der Kreise in Baden-Württemberg und Bayern. Ihr Hauptanliegen: Die „chronische Unterfinanzierung der zentralen Notaufnahmen“ sei mit dafür verantwortlich, dass Kliniken in kommunaler Trägerschaft „in aller Regel nicht mehr wirtschaftlich geführt werden können“, heißt es in dem Schreiben. Die Notaufnahmen sorg-

Notaufnahme in Heidenheim mit Millionenverlusten

ten rund um die Uhr dafür, dass Notfälle ambulant versorgt oder stationär aufgenommen werden könnten. Wegen der mangelhaften Vergütung sei der hohe Personalaufwand aber unter gegenwärtigen Bedingungen nicht zu refinanzieren.

Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung sei zwar eine Lösung des Problems versprochen worden. Passt es bisher aber nichts, während sich die Probleme verschärften. In beiden derzeit im Bundestag debattierten Gesetzentwürfen sei keine Verbesserung für die Notaufnahmen erkennbar.

In der zentralen Notaufnahme des Klinikums Heidenheim etwa rechne man für das Jahr 2015 mit 17 000 ambulanten Notfällen, während etwa 15 000 Patienten nach der Versorgung auch stationär aufgenommen würden. Für die ambulante Versorgung bekommen die Krankenhäuser laut Mitteilung im Durchschnitt nur 30 Euro Vergütung. Das sei weniger als etwa niedergelassene Ärzte für ähnliche Leistungen erhielten. Die durchschnittlichen Kosten der ambulanten Notfallversorgung lägen hingegen bei rund 130 Euro. Allein durch diese Diskrepanz werde am Klinikum Heidenheim ein Verlust von 1,7 Millionen Euro erwartet. eb

Mit Humor und Knöllchen

Von wegen Kunstbanause: Ein mit Hohn und Spott bedacht Knöllchen an einem Auto-Kunstwerk in Karlsruhe hat sich unvermutet als Scherz des Straßenzettel verteilenden Ordnungsbeamten entpuppt. Der Autotransporter, der als Installation an einer Hauswand nach oben gebogen mitten in der Stadt steht, hatte zwar tatsächlich einen Straßenzettel angeheftet bekommen. Aber nicht aus stofflicher Humorlosigkeit seitens des Beamten, sondern absichtlich und als Gag.

„Das war von dem Kollegen von vornherein als Witz gemeint“, sagte gestern eine Stadtsprecherin. Der Mann habe das Knöllchen am Freitag ausgedruckt, unter die Scheibe geklemmt – und dann den Vorgang an sich sofort wieder gelöscht. „Wir wollten den Bürgern zum Stadtgeburtstag ein Lächeln entlocken“, sagte die Sprecherin. Das Ordnungsamt sei über die Aktion informiert gewesen.

Der knallrote Transporter war von dem österreichischen Künstler Erwin Wurm „in Form gebracht“ und vom Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM) aufgestellt worden. Die Räder standen im Halteverbot; das daraufhin angebrachte Knöllchen hatte für Spott gesorgt über den vermeintlich ignoranten Verteiler des Straßzettels und die „Beamtenstadt“ Karlsruhe. Auch das ZKM hatte den Witz nicht als sol-



Kunst an der Baustelle: Der „Truck“ des Erwin Wurm an einem Haus in Karlsruhe veranlasste einen Beamten zu einem Witz, den kaum jemand verstand. Foto: dpa

chen erkannt und auf Facebook geschrieben: „Es handelt sich um einen echten Straßenzettel, der vom ZKM zu begleichen wäre.“

Oberbürgermeister Frank Menstrup (SPD) hatte sogleich versprochen, Widerspruch gegen das Bußgeld einzulegen. Der missverständliche Beamte kann sich nun seinerseits über lobende Worte des ZKM freuen: „Wir finden es toll, wenn die Ordnungsmänner dieser Stadt künstlerisch mitdenken“, sagt eine ZKM-Sprecherin anerkennend. lsw

Kaum Protest gegen großen Windpark

16 Anlagen geplant – Messungen erfolgreich

Ein Windpark im Kreis Göppingen könnte der größte des Landes werden. Windmessungen brachten dort nun bessere Ergebnisse als erwartet.

DIRK HÜLSER

Lauterstein. Der größte Windpark in Baden-Württemberg kommt in Gang: 16 Windräder sollen sich bald tief im Wald bei Lautersteiner (Kreis Göppingen) drehen. Die aufwendigen Windmessungen sind abgeschlossen. „Wir sind sehr überrascht – die Messungen brachten deutlich bessere Ergebnisse als erwartet“, sagt Projektleiter Reinhard Strohm vom Investor WPD. „Ich glaube, dass wir signifikant über dem Windatlas liegen.“ Ein Jahr lang hatte WPD mit einem Masten die Windhöflichkeit ermittelt.

Wie stark der Wind am Albtrauf im Detail bläst, will Strohm aber nicht verraten: „Konkrete Ergebnisse geben wir nie bekannt.“ Denn: „Die sind auch viel Geld wert.“ Immerhin habe sein Unternehmen in die Messungen rund 200 000 Euro investiert.

Jeder der 16 geplanten Windkraftanlagen soll inklusive Rotor 199 Meter hoch werden und eine Nennleistung von 2,78 Megawatt abgeben. Vier Wochen lang waren die Unterla-

gelegt. „Es gab Stellungnahmen von sämtlichen Behörden, Nachbargemeinden und der Region“, berichtet Strohm. Auch Naturschutzverbände, Bürgerinitiativen und Privatpersonen waren aufgerufen, sich zu äußern. Das Ergebnis lässt den Projektleiter staunen: „Es gab drei Einwendungen, überraschend, wie wenig da kam.“ Zumal es sich um das größte derartige Vorhaben im Land handelt, deshalb wundert sich Strohm, „dass bei so einem Riesensprojekt nicht mehr kommt, so, wie man das sonst kennt, dass da auch einfach mal so vom Leder gezogen wird“. Der schwache Protest liegt auch an der abgeschiedenen Lage des Windparks. Kritik gab es aber schon aus dem benachbarten Ostalbkreis: aus der Gemeinde Bartholomä und der Stadt Schwäbisch Gmünd. Nicht zuletzt deshalb ist das Ausmaß des Projekts bereits drastisch geschrumpft: Ursprünglich waren sogar 30 Masten vorgesehen, nun sind es noch 16 – immer noch zwei mehr als im bislang größten Windpark des Landes in Simmersfeld im Nordschwarzwald.

Nun liegen die Einwendungen und Stellungnahmen zur Auswertung im Landratsamt Göppingen. „Wir rechnen bald mit einer Genehmigung“, sagt Strohm. „Mit sehr viel Glück könnte sich das erste Windrad noch in diesem Jahr drehen“, meint Strohm.